

Gefördert durch:



Bundesministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Deutsch-Ukrainischer  
Agrarpolitischer Dialog

Ausgabe # 9/2012 (September, 2012)

AGRI-FOOD POLICY REVIEW

**Bekämpfung des Dilemmas  
der landwirtschaftlichen  
Besteuerung: Auf dem Weg  
zu einem umfassenden und  
transparenten Ansatz**

**Author**

Oleg Nivievskyi  
nivievskyi@ier.kiev.ua

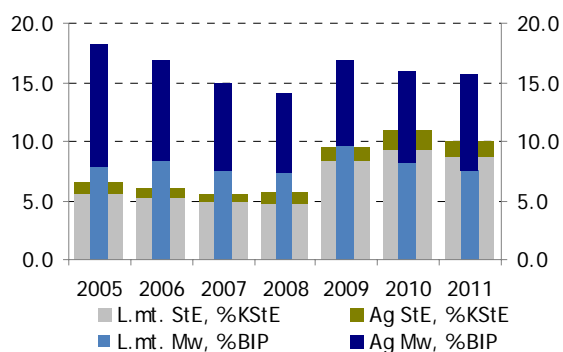
Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD)  
Institut für Wirtschaftsforschung und  
Politikberatung (IER)

Reytarska 8/5 A, 01034 Kyiv  
Tel. (+38044)235-7502, 278-6360

Das aktuelle Steuersystem in der Landwirtschaft der Ukraine (LdStS) bietet weder adäquate Einnahmen für den Staatshaushalt, noch stimuliert es das Wirtschaftswachstum. Die erheblichen steuerlichen Vorteile für die Landwirte verursachen Probleme in der Lieferkette (z. B. bei der Rückerstattung der Mehrwertsteuer bei Exporten), die letztlich zu reduzierten Betriebseinnahmen führen. Neuerliche Versuche, die fixen landwirtschaftlichen Steuern (FldSt) durch eine spezielle Mehrwertsteuer (LdMwSt) und durch eine zusätzliche Grundsteuer für Landwirte zu ergänzen, lösen dieses Dilemma nicht, sondern belasten die Bauern zusätzlich. Die Regierung sollte besser eine umfassende und transparente Reform der Agrarbesteuerung initiieren, anstatt den Sektor mit ad-hoc Initiativen herauszufordern.

Der Beitrag der Landwirtschaft zu den konsolidierten Steuereinnahmen (KStE) ist bei Weitem nicht ausreichend im Vergleich mit ihrem Beitrag zum BIP des Landes (1,1% Beitrag zu den KStE gegenüber 8% Beitrag zum BIP im Durchschnitt der letzten 6 Jahre, siehe Abb. 1). Die Lebensmittelindustrie, im Gegensatz dazu, zeigt eine deutlich bessere Entwicklung; ihr Beitrag zu den KStE übertraf in den letzten zwei Jahren sogar den Beitrag zum BIP.

**Abbildung 1.** Der Anteil der Landwirtschaft und des Lebensmittelsektors am BIP und an den KStE



Quelle: Eigene Darstellung anhand von Daten aus dem Staatsbudget der Ukraine und Input-Output-Tabellen aus Ukrstat.

Anmerkung: KStE - konsolidierte Steuereinnahmen; StE - Steuereinnahmen; Mw - Mehrwert; L.mt. - Lebensmittelsektor; Ag - Landwirtschaft.

Die beiden Säulen des LdStS, - die FldSt und die LdMwSt, - lassen die Landwirtschaft weitgehend unbesteuert. Die FldSt ist eine Abgeltungssteuer, die eine Reihe von Steuern und Abgaben ersetzt, einschließlich den Gewinn- und Grundsteuern. Ihre Rate variiert von 0,09 bis 1% des normativen Flächenwertes, der abhängig von der Qualität des Ackerlandes ist. Im Jahr 2010 führte die FldSt zu einer durchschnittlichen Steuerlast in Höhe von nur etwa 6 UAH/ha (0,75 USD/ha). Dies fördert die Bildung von vertikal integrierten Unternehmen, die

landwirtschaftliche und hochprofitable nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten kombinieren, u.a. um auf diesem Weg Steuerverbindlichkeiten zu reduzieren (der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion muss dabei mindestens 75% des Gesamtumsatz betragen). Die Einfachheit der FldSt, ohne die Notwendigkeit detaillierter Buchführungssysteme, ist attraktiv. Dies reduziert jedoch letztlich die Effektivität und vor allem die Kreditwürdigkeit dieser Betriebe, weil es nicht möglich ist, ohne detaillierte und exakte Buchführung, ein modernes landwirtschaftliches Unternehmen effizient zu verwalten oder auch einen Kredit zu erhalten.

Entsprechend dem geltenden LdMwSt-Regime sind die Landwirte berechtigt, die in ihrem Umsatz erhaltene Mehrwertsteuer zu behalten und entsprechend ihren Managementanforderungen einzusetzen, d.h. die MWSt wird nicht an den Staat abgeführt, u.a. weil sie, aus der Sicht der Regierung, zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe dienen sollte. 2010 beliefen sich die Mehreinnahmen der Landwirte aus der LdMwSt auf UAH 11,1 Mrd. (USD 1,39 Mrd.). Die LdMwSt ist aber gleichzeitig einer der Hauptgründe für Verzögerungen bei der Rückerstattung der Mehrwertsteuer an die Agrarexporteure, die diese Einnahmeausfälle den Bauern in Form von reduzierten Abkaufpreisen (um 10% im Durchschnitt) anlasten.

Die scheinbaren Betriebsvorteile aus der FldSt und der LdMwSt werden zu einem großen Teil durch übermäßige Bewirtschaftungsregelungen und ad-hoc-Handelsbeschränkungen aufgewogen. Zum Beispiel belaufen sich die entgangenen Betriebseinnahmen während der Ausfuhrbeschränkung in 2010/11 nach verschiedenen Schätzungen auf einen Betrag zwischen USD 0,9 und 2,6 Mrd.

Dieses Dilemma erfordert eine sorgfältige und umfassende Lösung. Demgegenüber erscheinen die letzten Steuerinitiativen der Regierung in der Landwirtschaft nicht ausreichend begründet. Der Entwurf des Gesetzes # 10500 schlägt die Erhöhung der FldSt-Rate von 0,15 auf 1,15% für Betriebe mit mehr als 100 ha Acker- und Weideland vor. Der Gesetzentwurf # 10051 sieht für die Entwicklung der ländlichen Gebiete die Erhebung einer zusätzlichen Grundsteuer für Bauern in Höhe von 1% des normativen Flächenwertes vor. Der Gesetzentwurf # 10731 bezieht die Verwendung der akkumulierten LdMwSt „ausschließlich nach den Direktiven des Ministerkabinetts der Ukraine“, wobei die konkrete Umsetzung unklar ist. Alle diese Gesetzesinitiativen werden voraussichtlich die Steuereinnahmen aus der Landwirtschaft erhöhen und die Liquidität der Betriebe verschlechtern. Das Kernproblem bleibt dabei jedoch ungelöst.

Eine umfassende Lösung des Problems sollte folgenden Komponenten **gleichzeitig** enthalten: i) reibungslose Rückerstattung der Mehrwertsteuer in

der Landwirtschaft; ii) Beendigung des LdMwSt Systems; iii) Ersatz der FldSt durch eine gewinnbasierte Besteuerung und Anwendung der

FldSt nur für Kleinbauer; iv) Unterlassung von Steuerinterventionen und Handelsbeschränkungen im Agrarsektor.